

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

A0294/23/1 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
A0294/23	06.03.2024

Absender Fraktion GRÜNE/future!	
Gremium	Sitzungstermin
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	19.03.2024
Gesundheits- und Sozialausschuss	20.03.2024
Jugendhilfeausschuss	25.04.2024
Verwaltungsausschuss	07.06.2024
Stadtrat	13.06.2024

Kurztitel Antragsstau im Sozial- und Wohnungsamt auflösen
--

Der Ursprungsantrag wird wie folgt ergänzt:

In die Maßnahmenliste sind nachfolgende konkrete Maßnahmen einzubeziehen:

1. Einsatz einer Task Force von Mitarbeitenden der Landeshauptstadt Magdeburg im Sozial- und Wohnungsamt auf unbesetzte Stellen.
2. Einrichtung der dringend erforderlichen dritten Stelle in der Hotline des Amtes (siehe S0400/23, Seite 5 oben) und unverzügliche Besetzung dieser drei Hotline-Stellen.
3. Einrichtung der dringend erforderlichen vierten Stelle in der Scan-Stelle des Amtes (siehe S0400/23, Seite 4 Mitte) und unverzügliche Besetzung dieser vier Scan-Stellen.
4. Vorrangiger Einsatz der Auszubildenden im Sozial- und Wohnungsamt nach Abschluss der Ausbildung in 2024.
5. Bei den Leistungen von Bildung und Teilhabe (BuT) sind Klassenfahrten vorrangig zu bewilligen, um einer Nichtteilnahme von Kindern an Klassenfahrten aufgrund verspäteter Bewilligungen entgegenzuwirken.
6. Prüfung, inwieweit freie Träger in die Begleitung der Antragstellung der Einwohner*innen einbezogen werden können, um die Fehlerquote bei der Antragstellung weiter zu minimieren. Dieses schließt auch digitale Zugänge für professionelle Beratende ein.

Um getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte wird gebeten.

Begründung:

Der Bewilligungsrückstau im Sozial- und Wohnungsamt ist ein nicht tolerierbarer Zustand, der die soziale Sicherung und Teilhabe vieler Magdeburger*innen gefährdet. Der Stellungnahme S0400/23 war zu entnehmen, dass fast 14.000 Vorgänge Anfang September 2023 im Sozial- und Wohnungsamt unbearbeitet waren.

Dies bedeutet, dass viele Bürger*innen, die auf Wohngeld, Elterngeld, Grundsicherung, Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe dringend angewiesen sind, monatelang auf die Bearbeitung ihrer Anträge warten müssen. Dies führt zu verheerenden finanziellen Engpässen, Existenzängsten und sozialer Isolation.

Der Antragsstau ist nicht nur für die Antragstellenden, sondern auch für die Mitarbeitenden des Sozial- und Wohnungsamtes eine enorme Belastung. Trotz des versuchten Personalaufbaus und der Schließwochen, die zur Aufarbeitung des Rückstandes genutzt wurden, ist die Arbeitsbelastung weiterhin sehr hoch. Dies führt zu Frustration, Überlastung und erhöhten Krankenständen. Zudem erschwert der Antragsstau die Umsetzung neuer gesetzlicher Regelungen.

Der Bewilligungsrückstau im Sozial- und Wohnungsamt ist daher eine dringende Herausforderung, die ein entschlossenes Handeln und kreative Lösungen erfordert. Die Oberbürgermeisterin muss das Thema zur Chefsache erklären und alle verfügbaren Ressourcen und Möglichkeiten nutzen, um diese Probleme schnellstmöglich zu lösen. Dabei sollen die oben genannten sechs Möglichkeiten geprüft werden, die sowohl kurzfristige als auch langfristige Verbesserungen der Bewilligungsbearbeitung versprechen.

Ziel ist es, die Antragstellenden zeitnah und zuverlässig zu unterstützen und eine normale Arbeitsbelastung für die Mitarbeitenden des Sozial- und Wohnungsamtes zu erreichen.

Kathrin Natho
Fraktionsvorsitzende

Olaf Meister
Fraktionsvorsitzender

Matthias Borowiak
Sozialpolitischer Sprecher